

# Keine Vorgaben gegen unnötige Operationen

Basler Regierung will Unispital nicht benachteiligen

Für den Basler SP-Grossrat Kaspar Sutter ist klar: In der Nordwestschweiz werde zu viel operiert. Die Überversorgung sei ein Grund für die hohen Gesundheitskosten. Deshalb forderte er schon im Sommer in der «Schweiz am Wochenende» vom Kanton Basel-Stadt, Massnahmen zur Fallsenkung zu ergreifen, vor allem in der Orthopädie. Dazu stellte er eine schriftliche Anfrage an die Regierung.

Nun liegen die Antworten vor: Zwar warnt die Regierung, allein aufgrund der hohen Hospitalisierungsrate der Basler Bevölkerung für Eingriffe wie nicht-unfallbedingte Kniespiegelungen, Hüft- und Knieprothesen direkt auf eine Über- respektive Fehlversorgung zu schliessen. «Aktuell fehlen konkrete Hinweise auf unnötig durchgeführte Operationen im Kanton Basel-Stadt», schreibt die Regierung.

Doch legt sie durchaus interessante Zahlen vor: So wurden 2016 im Kanton bei nicht-unfallbedingten Menis-

kusschäden 677 Kniespiegelungen durchgeführt. 620 davon allein im Merian-Iselin-Spital, 50 im Universitätsspital. Mit 674 liegt Baselland praktisch gleichauf, wobei eine Aufteilung nach Spitälern nicht möglich war. Den Kanton Basel-Stadt kosteten diese Eingriffe 1,2 Millionen Franken.

Basel-Stadt habe eine Versorgungsstudie begonnen, um deren Nutzen zu erfassen. Auch prüfe die Regierung die Einführung einer Liste mit Eingriffen, die nur noch ambulant durchgeführt werden dürfen. Zudem steht im Entwurf der Eigentümerstrategie für die geplante Spitalgruppe, dass «die Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Nützlichkeit der Behandlung» berücksichtigt werden müsse. Eine Vorgabe zur Vermeidung unnötiger Operationen allein für die öffentlichen Spitäler aber «wäre nicht zweckmässig». Patienten könnten sich dann einfach in einem Privatspital oder ausserkantonale behandeln lassen. MICHAEL NITTAUS

**Schweiz am Sonntag,  
18. November 2017, S. 29**